

Die Wahlprogramme von SPD und FDP

Fünf gute Gründe die SPD/FDP abzuwählen

Der SPD-Wahlparteitag am 9./10. Juni in Essen war ein Parteitag der Verschleierung. Die SPD will vor der Öffentlichkeit verbergen, daß sie ihren gefährlichen Neutralisierungskurs fortsetzt und daß ein erschreckender Anti-Amerikanismus in ihren Reihen immer weiter um sich greift. Die SPD versucht, die Wähler über ihre sozialistischen Zielsetzungen hinwegzutäuschen; sie weigert sich, Sachalternativen klar zu nennen und bei der Bundestagswahl zur Abstimmung zu stellen.

Die SPD weiß selbst, daß die Mehrheit der Bürger keinen SPD-Staat will. Sie greift also hilfweise erneut zu dem schädlichen Rezept einer hemmungslosen Konfrontation und Verunglimpfung der Union. Und wieder gibt Brandt seiner Partei dabei Richtung und Lautstärke an.

Überdies läßt Brandt kaum Zweifel daran, daß für ihn die sozialistischen Fernziele wichtiger sind als das in der Tat kurzatmige Krisenmanagement des Bundeskanzlers. Schmidt geht als Kanzler konzeptionslos in die achtziger Jahre. Die Konflikte mit seiner Partei werden ihn spätestens nach der Bundestagswahl wieder einholen.

Das in Essen beschlossene Wahlprogramm gibt ausreichende Hinweise auf schwelende Konflikte in der Partei und — trotz aller kunstvollen Verschleierungsversuche — auf die sozialistischen Ziele der SPD.

Die FDP hat sich auf ihrem Wahlparteitag am 6./7. Juni in Freiburg selbst endgültig zum Anhängsel der SPD degradiert; sie fügt sich damit fast nahtlos in die Wahlstrategie des Koalitionspartners ein. Nicht einmal die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen konnte die FDP von ihrem Irrweg abbringen: sie übt Vasallentreue bis zur Selbstaufgabe.

Um das Bonner Blockbündnis an der Macht zu halten, ist die FDP sogar bereit, programmatisch ins linke Abseits zu schwenken, wie die Freiburger Beschlüsse hinlänglich belegen.

Doch schon zwei Tage später ist ihr das von Schmidt übel gelohnt worden: Mit aufdringlicher Einmischung in ihre Angelegenheiten und peinlicher Bevormundung hat der Bundeskanzler in seiner Essener Rede der FDP die Quittung für ihren freiwilligen Verzicht auf Eigenständigkeit präsentiert; sie darf laut Schmidt in Zukunft nur „von Fall zu Fall“ den Finger heben, mehr ist ihr nicht erlaubt — mehr ist auch gar nicht möglich.

1. Sicherheitspolitik

Mit ihren Essener Beschlüssen unterstreicht die SPD ihre Unberechenbarkeit, Unzuverlässigkeit und Zwiespältigkeit gegenüber der Aufgabe, Frieden und Freiheit zu sichern. Nicht einmal unter dem Eindruck der sowjetischen Invasion in Afghanistan ist sie bereit, von ihrer gefährlichen Entspannungseuphorie abzulassen. Dies ist die „logische Konsequenz“ aus Wehnerts authentischer Definition vom „defensiven Charakter“ der sowjetischen Aufrüstung.

Die SPD geht in ihrem Wahlprogramm von einer Entspannungspolitik aus, die die sowjetische Machtausweitung nicht nur toleriert, sondern sie durch ein Verhandlungsangebot über Abrüstung, das die sowjetische Invasion in Afghanistan völlig unberücksichtigt lässt, geradezu belohnt. Die SPD ist offenbar bereit, sich von den Grundlagen der westlichen Sicherheitspolitik abzusetzen und „Frieden“ auch unter sowjetischen Bedingungen zu akzeptieren.

Die Bereitschaft der SPD zu Rüstungsmoratorien — also zu Ost-West-Vereinbarungen auf der Grundlage bestehender Ungleichgewichte zugunsten der Sowjetunion — ist unvereinbar mit dem Grundsatz der westlichen Abrüstungspolitik, nach dem die sowjetische Überlegenheit nicht durch Ost-West-Vereinbarungen festgeschrieben werden darf.

Es geht in der deutschen Friedenspolitik nicht — wie die SPD polemisch unterstellt — um die vermeintliche Priorität für Abrüstung oder für Aufrüstung, sondern es geht um die Sicherheit auf der Grundlage einer umfassenden Verteidigungsfähigkeit des Westens bei gleichzeitiger Verhandlungsbereitschaft mit dem Osten.

Es gibt keinen selbsttätigen Rüstungswettlauf, sondern einen weltweiten Einflußwettlauf, den die Sowjetunion will, zu dem sie sich offen bekennt und den sie durch den Aufbau einer furchterregenden militärischen Übermacht gewinnen will — auch und gerade in Europa. Die westliche Rüstung ist Folge, nicht Ursache des Unfriedens. Nicht ein Gleichgewicht der Macht, sondern ein Ungleichgewicht der Macht gefährdet auf Dauer den Frieden.

Die SPD verschließt leichtgläubig die Augen vor der feingesponnenen sowjetischen Einflußstrategie gegen die Grundlagen unserer Sicherheit und damit eines dauerhaften Friedens. Nicht ein geringeres Maß an „Friedensfähigkeit“, das die SPD der Union in

verleumderischer Absicht nachsagt, trennt SPD und CDU/CSU, sondern die unterschiedliche Antwort auf die Frage: Sichern wir den Frieden durch Nachgeben oder durch Standhalten?

Die Antwort der Union ist klar: Wir wollen den Frieden in Freiheit, nicht einen „Frieden“ unter sowjetischen Bedingungen. Deshalb muß die sozialistische „Entspannungspolitik“ von Schmidt, Brandt, Wehner und Bahr durch realistische Friedenspolitik ersetzt werden. Wir werden deshalb in unserer Außenpolitik der verlässlichen Partnerschaft mit den USA absoluten Vorrang geben und das Atlantische Bündnis stärken.

2. Wirtschaftspolitik

„Die Wirtschaft muß bei grundsätzlicher Beibehaltung der Marktsteuerung stärker als bisher gesellschaftliche Notwendigkeiten berücksichtigen.“ So lautet einer der Schlüsselsätze im SPD-Wahlprogramm. Hinter diesem sanft wehenden Wortschleier verbergen sich die alten sozialistischen Träume von Investitionslenkung und -kontrolle. In der scheinbar unverfänglichen Forderung nach einer „aktiven, vorausschauenden Wirtschafts- und Strukturpolitik“ steckt in Wahrheit der ganze Kern sozialistischer Planwirtschaft, wie sie im Orientierungsrahmen '85 und in den Beschlüssen des Hamburger Parteitages von 1977 ausgebreitet ist.

So erfährt man im Orientierungsrahmen '85, daß mit dem Grundsatz der Marktsteuerung u. a. auch die systematische Erhöhung staatlicher Planungsfähigkeit sowie die Meldepflicht für geplante gewerbliche Investitionen von einer gewissen Größenordnung an durchaus vereinbar sei. In Hamburg hatte die SPD 1977 eine Meldepflicht für große Investitions- und Personalplanungen sowie die Errichtung von Strukturräten beschlossen. Unter sorgfältiger Vermeidung des umstrittenen Begriffes beschreibt nun das SPD-Wahlprogramm exakt, was Strukturräte zu leisten hätten: „Die Unternehmungen sowie die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind an strukturpolitischen und subventionspolitischen Entscheidungen zu beteiligen.“

Im FDP-Wahlprogramm heißt es dagegen: „Die im Strukturwandel liegenden Risiken für Unternehmen und Arbeitsplätze können durch eine direkte staatliche Investitionslenkung oder durch eine Lenkung über Branchenausschüsse nicht gemindert werden.“ Hier versucht die FDP, wenigstens nach außen den Anschein programmatischer Eigenständigkeit gegenüber der SPD zu bewahren, auch wenn sie wissen muß, daß ihre Durchsetzungschancen im Blockbündnis gleich Null sind.

Forschungs- und Technologiepolitik versteht die SPD gleichfalls als „aktive Strukturpolitik“, „die auch mit Auflagen arbeiten muß“. Und die derzeitigen Arbeitsmarktprobleme will sie mit Arbeitszeitverkürzungen angehen; die SPD „unterstützt die Gewerkschaften in ihrem Ziel, die tarifliche Arbeitszeit durch Einführung der 35-Stunden-Wo-

che, durch Verlängerung des Jahresurlaubs und durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit schrittweise herabzusetzen“. Mit dieser vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung auf absehbare Zeit völlig illusorischen Forderung will die SPD davon ablenken, daß ihre verfehlte Wirtschaftspolitik statt Vollbeschäftigung langjährige Millionenarbeitslosigkeit verursacht hat.

Geradezu grotesk muten die Aussagen des SPD-Wahlprogramms zur Finanz- und Steuerpolitik an. Da wird behauptet, Sozialdemokraten seien „für eine Politik der Stabilität“: „Deshalb gewährleisten wir solide Staatsfinanzen, die den Bürger und die Wirtschaft in ihrer Steuerkraft nicht überfordern, die Risiken einer übermäßigen Staatsverschuldung vermeiden und die konjunkturpolitische Entwicklung verstetigen.“ Angesichts der horrenden Staatsverschuldung, die auf das Konto der SPD-Bundesregierung geht, kann man solche Formulierungen nur noch schlicht eine Verhöhnung der Wähler nennen.

Wenig später heißt es dann: „Wir wollen nicht mehr Kredite aufnehmen, als zur Sicherung der Vollbeschäftigung erforderlich.“ Da fragt sich bloß, wie viel das noch werden soll, wo doch seit Jahren Vollbeschäftigung in weiter Ferne liegt und für die SPD-Regierung trotz Milliarden-Verschuldung unerreichbar bleibt.

Was schließlich unter der Forderung „Bund, Länder und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig bleiben“ zu verstehen ist, das hat Schmidt in Essen persönlich klar gemacht mit seinem rücksichtslosen Vorwurf verfassungswidrigen Verhaltens an die Adresse der Bundesländer, die sich geweigert haben, die Abschleppkosten für die zusammengebrochene Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPD-Regierung aus eigener Tasche zu bezahlen.

3. Energiepolitik

Zur Sicherung der Energieversorgung bieten SPD und FDP in ihren Wahlprogrammen wieder nur dieselben beliebig auslegbaren Leerformeln an, mit denen sie bereits seit Jahren versuchen, die Kernkraftgegner in ihren eigenen Reihen bei der Stange zu halten und der Bundesregierung gleichzeitig scheinbare Handlungsfreiheit in der Energiepolitik zu bewahren.

Bei der SPD liest sich das so: „Die Option für Kernenergie soll offen gehalten, die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, soll geöffnet werden.“ Und die FDP legt sich genauso unverbindlich fest: „Alle Möglichkeiten der rationellen Energienutzung und alternativer Energien sind so weit auszunutzen, daß der Einsatz von Kernenergie überflüssig werden kann.“

Hinter diesen Leerformeln verbirgt sich der energiepolitische Stillstand, für den die SPD/FDP-Regierung verantwortlich ist und der Wohlstand und soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar bedroht.

Die Union dagegen hält daran fest: Die friedliche Nutzung der Kernkraft ist zur Sicherung unserer Energieversorgung unverzichtbar. Wir werden daher die Kernenergie im notwendigen Umfang, unter strengen Sicherheitsvorkehrungen und bei einer geregelten Entsorgung nutzen. Wir werden die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom Erdöl verringern, indem wir neue Kernkraftwerke und neue Kohlekraftwerke bauen.

4. Rentenpolitik

Daß die SPD kein Recht hat, sich als Sachwalter einer verlässlichen Rentenpolitik aufzuspielen, das hat der Rentenbetrug von 1976 hinlänglich bewiesen. In diesem Jahr schickt sich die SPD nun an, über die „Einführung der bedarfsorientierten Mindestrente“ einen großen Schritt zur freiheitsgefährdenden und leistungsfeindlichen Einheitsrente zu tun.

Mit dieser Mindestrente, die klar von der Rente nach Mindesteinkommen unterschieden werden muß, gibt die SPD in der Rentenversicherung den Zusammenhang von leistungsbezogenem Beitrag und Rente auf.

Dieser Einwand gilt auch für die von der SPD geforderte „Maschinensteuer“, weil damit der persönliche Beitrag des Arbeitnehmers als Grundlage für die persönlich erworbene Rente abgelöst wird durch einen anonymen Beitrag, der keinen Bezug mehr hat zur persönlichen Leistung des einzelnen.

Die FDP lehnt eine solche „Maschinensteuer“ ab und verlangt sogar eine „verfassungsrechtliche Garantie des leistungsbezogenen Rentenanspruchs“. Eine ausgesprochene „Mogelpackung“ bietet die FDP in der Frage der Rentensteigerung an: „Die Renten sollen auf der Grundlage der bruttolohnbezogenen Rentenformel in demselben Umfang steigen wie die Realeinkommen der Arbeitnehmer.“ Dies heißt eben doch „nettolohnbezogene“ Rentenanpassung!

Die Union hält deshalb fest: Wenn es um die Rente geht, müssen sich die Menschen auf ihr Recht und auf das gegebene Wort verlassen können. Deshalb wollen wir ein Ende der fortdauernden Verunsicherung der Rentner durch SPD und FDP. Deshalb wollen wir endlich wieder eine verlässliche Sozialpolitik mit der Gewißheit für den Bürger, daß er am Ende seines Arbeitslebens auch seine gerechte Rente erhält: die bruttolohnbezogene, mitwachsende Rente.

5. Innenpolitik/Rechtspolitik

„Den Kampf gegen Terrorismus, auch gegen neonazistische Aktivitäten, setzen wir unbeirrt fort.“ So tönt die SPD in ihrem Wahlprogramm und fordert wenige Zeilen weiter die Streichung des § 88 a StGB (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und eine „Überprüfung“ der Notwendigkeit des Kontaktsperrgesetzes.

In offensichtlichem Widerspruch zur Streichung des § 88 a StGB steht die Forderung der SPD, die „Gesetzeslücken, die hinsichtlich der Verfolgung neonazistischer Aktivitäten noch bestehen, zu schließen“; denn selbstverständlich richtet sich der § 88 a StGB auch gegen die verfassungsfeindliche Befürwortung von neonazistischen Straftaten. Doch auch an diesem Beispiel beweist die SPD wieder einmal ihre unterschiedliche Sehschärfe bei der Bekämpfung des politischen Extremismus.

Bei dem Wettlauf zur Aufweichung des Prinzips der streitbaren Demokratie und zur Preisgabe grundlegender Wertvorstellungen unserer Gesellschaftsordnung hat allerdings die FDP den sozialistischen Koalitionspartner inzwischen gründlich abgehängt. Beinahe beiläufig verlangt sie in ihrem Wahlprogramm die Aufhebung des Kontaktsperrgesetzes, die Streichung der §§ 88 a und 139 a StGB (Anleitung zu Straftaten) sowie die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe.

Darüber hinaus will die FDP beim § 218 StGB die vom Bundesverfassungsgericht verworfene Fristenregelung erneut anstreben und durch die völlige Streichung des § 175 StGB die „noch bestehenden Diskriminierungen“ abbauen, „um Homosexuelle rechtlich und gesellschaftlich gleichzustellen“; denn „auch gleichgeschlechtliche Partner haben das Recht, ohne Diskriminierung zusammenzuleben“. Dies alles darf schon nicht mehr verwundern, weil die FDP unter der Kapitelüberschrift „Das Leben frei gestalten“ Familienpolitik als „Politik für ein freies und gleichberechtigtes Zusammenleben von Frauen, Männern und Kindern“ definiert und über die „herkömmliche Form“ hinaus „einen oder mehrere Sorgeberechtigte mit einem oder mehreren Kindern“ als „Familie“ gelten lassen will.

Eine solche Politik ist insgesamt familienfeindlich und legt den Keim für künftige soziale Konflikte.

Die Union dagegen mißt der Familie einen hohen Rang bei. Denn Ehe und Familie haben sich als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Deshalb wollen wir einen sozial gerechten Familien-Lastenausgleich. Dazu gehören u. a. die Anpassung des Kindergeldes an die steigenden Lebenshaltungskosten, die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes und die Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung, damit Mütter und Hausfrauen einen eigenständigen Rentenanspruch und eine angemessene Altersversorgung erreichen.

Fazit:

Die Wahlprogramme von SPD und FDP weichen aus, wo es gilt, klare Antworten auf die großen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu geben; sie versuchen, wortreich zu verschleiern, was die Parteien wirklich wollen, und bieten deshalb dem Bürger keine wählbaren Alternativen.

Das sagte Helmut Schmidt...

Helmut Schmidt, stellvertretender SPD-Vorsitzender, sagte:

„Bierabende sind ein sozialpolitischer Grundwert.“

*

Helmut Schmidt, der Rentenpolitiker sagte:

„Die Renten sind sicher, und Walter Arendt hat verkündet, daß sie im nächsten Jahr um zehn Prozent angehoben werden... Die Beiträge werden nicht erhöht, die Renten sind sicher, die Bruttolohnbezogenheit dieser Renten bleibt. Die Leistungsbezogenheit dieser Renten bleibt, und die regelmäßige Anpassung der Renten bleibt.“

*

Helmut Schmidt, der Visionär, sagte:

„Von nun an geht's in der Bundesrepublik aufwärts.“

*

Helmut Schmidt, der Macher, sagte:

„Der Staat darf keine Versprechungen eingehen, die er nicht verwirklichen kann. Ich bin der Meinung: Weniger am Anfang reden, lieber am Ende reden, wenn man etwas getan hat. Dann erst kann man es begackern. Aber das Ei begackern, ehe es gelegt ist, das ist ein schlechter Stil.“

*

Helmut Schmidt, der Bewahrer unternehmerischer Initiative, sagte:

„Ich halte den Unternehmer für eine ganz wichtige Funktionsfigur in unserer Gesellschaft.“

*

Helmut Schmidt, der Wirtschaftspolitiker, sagte:

„Wenn ein paar Unternehmer pleite gehen, ist es jedenfalls ein Beweis dafür, daß noch Marktwirtschaft existiert.“

*

Helmut Schmidt, der Revolutionär, sagte:

„Es fällt schwer, meine Damen und Herren, bei der Polemik des Herrn Baron von Guttenberg nicht zu beklagen daß die Deutschen niemals eine Revolution zustande gebracht haben die dieser Art von Großgrundbesitzern die materielle Grundlage entzogen hätte.“

Helmut Schmidt, der Sozialdemokrat, sagte:

„In den ersten Jahren nach dem Kriege war in meinen politischen Vorstellungen die sozialistische Komponente viel gewichtiger.“

*

Helmut Schmidt, der Steuergerechte, sagte:

„Ich bin der Meinung, daß es bei uns viele Menschen gibt, die zu viel verdienen. Ich würde ganz gern sehen, daß ihnen ein Teil davon über die Steuergesetzgebung weggenommen würde.“

*

Helmut Schmidt, der Dienstwagenbenutzer, sagte:

„Ich kann mir auch vorstellen, daß man durch hohe Besteuerung des Autos und des Benzins das Wachstum der Automobilproduktion planmäßig dämpft.“

*

Helmut Schmidt, der Nostalgische, sagte:

„Wir werden offensiv sein, bis alles besser geworden ist, viel besser, als wir es vorgefunden haben, und noch viel besser, als es der Herr Schmücker gemacht hat . . . und der Herr Erhard, der damals Bundeskanzler war 1966.“

*

Helmut Schmidt, der Weitsichtige, sagte:

„Ich gehe in fester Überzeugung davon aus, daß die Führung der Sowjetunion und die Führungen in den Staaten des Warschauer Paktes den Frieden wollen.“

*

Helmut Schmidt, der Janusköpfige, sagte:

„Nichts in der Welt wird in den 80er Jahren so sein wie in den 70er Jahren.“